Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—. halbjährlich: RM. 4.—. vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Nr. 26 München, 24. Juni 1932 19. Jahrgang

Gemeindefrieden in Berlin

Am 16. d. M. bot die Sitzung der Berliner Gemeinderepräsentanz ein in den letzten Jahren unwohntes Bild. Die zwei großen Lager, die liberale Mehrheit und die Vertreter der Jüdischen Volkspartei, bemühten sich geflissentlich, über die vergangenen schweren Kämpfe Vergessenheit zu breiten und einander an Entgegenkommen zu überbieten. Seit der Übernahme der Gemeindeverwaltung durch die neue liberale Mehrheit hat es in der Berliner Gemeindestube nicht so viel Harmonie und Friedfertigkeit gegeben, wie in der letzten Sitzung. Die Vorgeschichte dieser Entwicklung verdient noch einmal rekapituliert zu werden.

Am 14. September 1930 errangen die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl einen Stimmenzuwachs von 800 Prozent. Die Konsternation der bis dahin von der liberalen Presse in Sicherheit gewiegten jüdischen Bevölkerung Deutschlands war unbeschreiblich. Am 30. November 1930 fanden die Wahlen in die Berliner Jüdische Gemeinde statt. Sie vollzogen sich von liberaler Seite aus unter dem Schlagworte „Gegen Zionisten und Ostjuden". Eine Wahlbeteiligung, wie sie innerhalb des deutschen Judentums noch niemals vorgekommen war, verschaffte den Liberalen eine starke Mehrheit. Nach mehreren Monaten, während welcher Wahlproteste der unterlegenen Richtungen liefen, übernahm die liberale Majorität die Herrschaft in der Berliner Gemeinde. Entsprechend den Parolen des Wahlkampfes versuchte nun die liberale Mehrheit, mit größter Rücksichtslosigkeit den Gegnern, unter deren Führung die Berliner Jüdische Gemeinde in den Jahren 1927—1930 eine erfreuliche Entwicklung genommen hatte, zu beweisen, daß nunmehr die Anschauungen der liberalen Scharfmacher die einzig gültigen zu sein hätten. Auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung, im Schulwesen, in der Personalpolitik, im Verhältnis zu allgemein jüdischen Angelegenheiten, wie Palästinaufbau, Rechtsschutz der Juden usw., sowie auch in der Subventionspolitik, machte sich die scharfe Tonart des Liberalismus geltend. Die liberale Mehrheit schreckte auch nicht davor zurück, die gegnerischen Ansichten mundtot zu machen. Mit dem Fallbeil der Mehrheit wurden Aussprachen abgeschnitten, Anträge der Volkspartei ohne Anhörung von Gründen abgelehnt und jeder Versuch einer parlamentarischen Verhandlung von einzelnen Problemen im Keime erstickt. Die eigentliche Verwaltung der Gemeinde lag bis in die kleinsten Einzelheiten im Beratungszimmer der liberalen Fraktion Besonders scharf wirkte sich dieser feindselige Kurs in Personalfragen aus. Angriffe gegen volksparteiliche Mandatare, die früher die Gemeindeverwaltung bestimmend beeinflußt hatten, Entlassungen und Versetzungen volksparteilicher Ansichten verdächtiger Beamten waren an der Tagesordnung. Vergeblich bemühten sich die Vertreter der Volkspartei, die liberalen Scharfmacher zur Besinnung zu bringen. Kaltschnäuzig und höhnisch wurde jeder Versuch, einen Modus vivendi in der Gemeinde zu schaffen, von vornherein zurückgewiesen. Die Situation spitzte sich dermassen zu, daß sogar in den persönlichen Beziehungen zwischen liberalen und volksparteilichen Vertretern eine Schärfe einriß, die es menschlich unmöglich machte, in der Gemeindeatmosphäre auf irgendeine Art zusammenzu wirken. Der letzte Anstoß war, nachdem die Liberalen die Subvention für die Hebräische Universität in Jerusalem glattwegs eingestellt hatten, die Streichung der seit zehn Jahren an den „Hechaluz" gezahlten jährlichen Subvention. Dies geschah mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die liberale Mehrheit es ablehne, in irgendeiner Form Institutionen zu unterstützen, die jüdisch-nationalen Anschauungen huldigen. Es wurde klipp und klar erklärt, daß die jüdisch-nationale und zionistische Anschauung keinen Platz in der Jüdischen Gemeinde Berlin haben dürfe. Diese Diffamierung einer Richtung, welche beim letzten Wahlkampf in Berlin 28 000 Stimmen auf sich vereinigen und 15 Vertreter ins Gemeindeparlament bringen konnte, war objektiv ein Unrecht und subjektiv eine Kränkung, die sich die volksparteilichen Vertreter nicht gefallen lassen konnten. Die Folge war, nachdem die Berliner Liberalen ihre aggressive Politik auch in den Landesverband Preußischer Judengemeinden getragen und dort die Entrechtung des Hechaluz mit der gleichen Motivierung wie in der Berliner Gemeinde durchgesetzt hatten, daß die Vertreter der Jüdischen Volkspartei, da jede Auseinandersetzung über diesen Fragenkomplex in der Berliner Gemeinde durch die liberale Mehrheit abgeschnitten wurde, den Beratungssaal verließen.

Dieser Schritt erregte in der Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen. Die Volksparteiler hatten mit ihm keineswegs zum Ausdruck bringen wollen, daß sie an eine endgültige Abstinenz von der Gemeindearbeit oder gar an eine Spaltung denken. Sie wollten bloß durch diese stärkste Form einer Demonstration die Öffentlichkeit aufrütteln und in weiten Kreisen auch der liberal eingestellten Judenschaft die Aufmerksamkeit auf die Zustände in der Berliner Jüdischen Gemeinde lenken. Tatsächlich verfehlte diese Geste ihren beabsichtigten Eindruck nicht. Die Struktur der Berliner Jüdischen Gemeinde hat sich

nämlich in den letzten Jahren gründlich gewandelt. Die eigentlichen Träger der Gemeindearbeit und auch diejenigen, welche die Hauptkosten der Gemeindeaufgaben tragen, sind heute ganz andere Personen als noch vor wenigen Jahren. Die Liberalen können sich nicht mehr darauf berufen, daß die Hauptsteuerträger einige wenige Persönlichkeiten ihrer Anschauung sind. Die Großzahler sind verschwunden. Die Berliner Jüdische Gemeinde wird in der Hauptsache von einem Kreis von Menschen getragen, die in ihrer Mehrheit keineswegs mit dem liberalen Scharfmacherkurse einverstanden sind. Dazu kam die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland. Selbst dem verbohrtesten Gegner der volksparteilichen Ansichten ist allmählich die Erkenntnis aufgegangen, wie richtig die Prognosen dieser Richtung gewesen und wie logisch und begründet die Beurteilung der jüdischen Gegenwart gewesen sind. Unter dem doppelten Drucke der Außenwelt und der jüdischen Welt vollzog sich bei den Liberalen eine innere Wandlung. Dieselben Leute, die noch in den Monaten Februar, März und April 1931 nichts von einem Nachgeben gegenüber den volksparteilichen Forderungen und nichts von einer Einigung unter Anerkennung der Legitimität des nationaljüdischen Prinzips in den jüdischen Gemeinden wissen wollten, besannen sich unter der Wucht der Tatsachen eines Besseren. Es ist sicherlich so gewesen, daß im Kreise der Liberalen selbst sich die Stimmen gegen die unversöhnlichen Bekämpfer der volksparteilichen Richtung gemehrt haben. Auf Grund einer liberalen Initiative traten Volksparteiler und Liberale zu Verhandlungen zusammen, die Wochen hindurch geführt wurden. Ohne daß man den Versuch gemacht hätte, irgendeine gemeinsam zu beschließende Deklaration zu verfassen, ging man in das Meritum der einzelnen Forderungen ein. Es ist festzustellen, daß die liberale Mehrheit bisher fast in allen Punkten, welche bis vor kurzer Zeit den Gegenstand erbittertster Streitigkeiten gebildet hatten, sich zum Nachgeben bereit fand. Die Subvention für den Hechaluz wurde bewilligt. Die Gegnerschaft gegen das jüdische Gemeindeschulwesen beträchtlich gemildert, der Personalabbau eingestellt, ein Übereinkommen geschlossen, daß in Zukunft in allen wesentlichen Fragen nicht die brutal eingesetzte Mehrheit, sondern ein Gentlemen's Agreement zu entscheiden habe. Einzelne Verhandlungsgegenstände sind noch nicht bereinigt, wie die Frage einer Beteiligung am Palästinaaufbau und ähnliches. Doch hofft man, auch in dieser Hinsicht zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Wenn man sich vor Augen hält, daß die Situation der Judenheit in der ganzen Welt und besonders in Deutschland sehr schwierig ist, wenn man ferner in Betracht zieht, daß kein Mensch vorauszusagen vermag, wozu dringend notwendig die Zusammenfassung und Einheitlichkeit aller deutschen Juden in den kommenden Monaten sein werden, dann soll man sich über die Wendung in dem innerjüdischen Streit in der Berliner Jüdischen Gemeinde freuen. Die Gegensätzlichkeit in der Auffassung der Judenprobleme bleibt nach wie vor bestehen, aber eines ist wohl allen Vertretern in der Berliner Jüdischen Gemeinde klar geworden: wie kaum zu einer anderen Zeit bildet die jüdische Gemeinschaft in Deutschland eine Schicksals- und Notgemeinschaft, und es wäre ein Verbrechen von jüdischer Seite, wenn man nicht in dieser Situation die innerjüdischen Streitigkeiten vergessen und sich zur Wahrung der Rechte und zum Schutze der Gemeinschaft zusammenfinden würde.

Etat der jüdischen Gemeinde Berlin 1932

Berlin, 17. Juni. (JTA.) Nachdem die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde vor mehreren Wochen nach erbitterten Kämpfen zwischen Volkspartei und Liberalen in den Fragen der Hechaluzsubvention und des geplanten Abbaues des Schulwerks der Gemeinde im Zeichen des Sturms auseinanderging, so daß manche sogar eine Zerreißung der Einheit der Gemeinde befürchten zu müssen glaubten, trat die Repräsentantenversammlung am 16. Juni abends — nachdem inzwischen die Verhandlungen zwischen den Führern der beiden Fraktionen einen Ausgleich in den strittigen Fragen erbracht haben — zu einer Sitzung zusammen, die ganz im Zeichen des Friedens, der Versöhnlichkeit und des Willens zur Zusammenarbeit stand. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die Beratung des Etats 1932.

Herr Dr. Walter Breslauer, der Verwaltungsdirektor der Gemeinde, gab einleitende Bemerkungen und Erläuterungen zum Etat.

Der Referent gab eine kurze Führung durch den Etat und betonte dabei, daß man beim Abbau mancher Positionen in keiner Weise parteiisch vorgegangen sei. Die Gotteshäuser werden in vollem Umfange erhalten. In diesen Zeiten der Not sind die Gotteshäuser den Gemeindemitgliedern Bedürfnis und Trost; die Zahl der Besucher der Berliner Synagogen hat sich 1932 gegen 1931 um 15—20 Prozent erhöht.

Im großen ganzen zeige der Etat folgendes Bild: I. Kultuswesen: Ausgabe 1 645 291.40 RM., Einnahme 495 895.50 RM., Zuschuß 1 156 156.90 RM.; II. Friedhofsverwaltung: Ausgabe 1 154 986.10, Einnahme 1 151 892.—, Zuschuß 3 094.10; III. Schulverwaltung: Ausgabe 1 167 482.75, Einnahme 362 670.—, Zuschuß 804 812.75; IV. Wohlfahrtswesen: Ausgabe 1 542 284.95, Einnahme 713 587.65, Zuschuß 828 697.30; V. Anstalten: Ausgabe 2 182 259.05, Einnahme 1 505 828.40, Zuschuß 676 430.65; VI. Allgemeine Verwaltung: Ausgabe 507 981.15, Einnahme 19 900.—, Zuschuß 488 081.15; VII. Finanz- und Vermögensverwaltung: Ausgabe 2 081 026.70, Einnahme 1 139 738.—, Zuschuß 941 288.70; Summe: Ausgabe 10 281 312.10, Einnahme 5 389 511.55, Zuschuß 4 898 561.55; Steuerbedarf 4 891 800.55.

Bei der Erläuterung der einzelnen Positionen betonte der Referent, daß das Schulwesen der Gemeinde und der Religionsunterricht, ebenso die wissenschaftlichen Institutionen, Bibliotheken und Kunstsammlungen aufrechterhalten werden. Bei Erläuterung des Kapitels Wohlfahrtsetat, das 3,6 Millionen erfordert, appellierte der Referent an die Gemeindemitglieder, das Wohlfahrtswerk finanziell zu fördern; wer hierzu finanziell nicht in der Lage ist, möge seine Arbeitskraft der Gemeinde zur Verfügung stellen. Die Gemeinde hat hunderttausend Mahlzeiten verabfolgen lassen und im Winter 30 000 Zentner Kohle und 45 000 Brote bedürftigen Familien in die Wohnung geschickt. Wärmehallen und Kinderhorte wurden erhalten. Vor wenigen Tagen erst wurde das Abraham-Heim in Arendsee von der Gemeinde übernommen und mit 300 erholungsbedürftigen Kindern besetzt. In den nächsten Monaten wird ein neues Altersheim eröffnet, ferner ein kleineres Altersheim in der Münchenerstraße eingerichtet. Diejenigen, die in den Heimen nicht mehr Platz finden, werden mindestens in den Heimen verpflegt. Das Jugendpflege-Dezernat hat ein neues Heim in der Auguststraße eröffnet und wird noch in diesem Jahre ein Fürsorgeerziehungsheim errichten. Zum

Kapitel: Allgemeine Verwaltung bemerkte der Referent, daß die Ziffern nicht nur Verwaltungsausgaben, sondern auch den Zinsendienst enthalten. Die vorgenommene Reorganisation, die eine erhöhte Möglichkeit zur Kontrolle des Verwaltungsapparates gibt, läßt hoffen, daß man den Etat wird aufrecht erhalten können. Der Beamtenabbau kann als abgeschlossen gelten.

Es folgte eine großangelegte Rede von Bruno Woyda. Im ersten Teil referierte Woyda als Vorsitzender der Etatkommission über die Arbeiten dieser Kommission während sieben anstrengenden Sitzungen. Der Redner unterstrich die Tatsache, daß die Großgemeinde Berlin ungeachtet ihrer eigenen schweren Finanzlage dennoch dem Preußischen Landesverband aus dem Jahresetat eine Summe von 400 000 RM. zahlt, die den um ihre Existenz ringenden Kleingemeinden zugute kommt.

Im zweiten Teil seiner Rede nahm Woyda als Sprecher der liberalen Fraktion zu dem Etat und seinen Aufgaben grundsätzlich Stellung.

Nach einer Darstellung der Grundsätze der liberalen Fraktion hinsichtlich der Gemeindeaufgaben schloß der Redner: Wir müssen Frieden halten, auch wenn wir weiter um unsere Ansichten ringen. Gemeinsame Arbeit ist unser Ziel.

Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee, Vorsitzender der Fraktion der Jüdischen Volkspartei, führte in einer großangelegten Rede ungefähr aus: Der Etat wird uns vorgelegt in einer Zeit, wie wir sie in der Berliner Gemeinde noch nicht erlebten. Es gehört eine gute Portion Idealismus dazu, zu glauben, daß sich die Gefahren nicht zu einer Katastrophe für das Judentum entwickeln. Wenn uns ein Gedanke heute noch aufrecht erhalten kann, so ist es der Gedanke an die Ewigkeit Israels, an Erez Israel.

Der Redner nahm vom volksparteilichen Standpunkt Stellung zum Etat, dessen Grundsatz es sein muß: Kürzen, aber nicht abbauen. Auf die Gefahr hin, unpopulär zu sein, sagte Dr. Klee, muß ich sagen: Wenn andere Gemeinden, z. B. die Frankfurter und die Breslauer Gemeinde, sich entschlossen haben, von ihren Mitgliedern eine erhöhte Opferbereitschaft zu fordern und die Steuerquote erhöhten, dann könnte auch die Berliner Gemeinde es wagen, die Steuerquote um ein bis eineinhalb Prozent zu erhöhen. Das wäre keine Überbelastung des Einzelnen, dagegen werde dadurch ermöglicht werden, vieles zu erfüllen, was heute in den Hintergrund gedrängt werden muß. Heute gilt es: Erhaltung der jüdischen Substanz; alles Jüdische sorgsam pflegen und zur Blüte bringen. Der Redner sprach von den Gefahren, die die jüdische Jugend heute nicht nur materiell, sondern auch geistig bedrohen, von der „roten Assimilation", die die Jugend aus der jüdischen Welt herausführt, ja sie zu einer feindlichen Einstellung zum Judentum führt und meinte, Aufgabe der Gemeinde sei es, den jüdischen Geist der Jugend zu pflegen, damit in Verbindung, der Jugend eine Selbstverwaltung zu gewähren.

Monatelang, führte Dr. Klee weiter aus, saßen wir in diesem Hause mit der traurigen Empfindung, daß alles, was wir wollen, an taube Ohren schlägt. So reifte in uns der schwerwiegende Entschluß, diesen Saal zu verlassen. Dank der Initiative des Vorsitzenden der Versammlung, Heinrich Stern, kamen wir doch noch an den gemeinsamen Tisch und zu gemeinsamer Arbeit. Die Hechaluz-Frage wurde gelöst, denjenigen jungen Menschen, die die jüdische Schule wollen, stehen die Türen zu dieser Schule offen. Der Abbau der Mittelschulen sollte durch eine Erhöhung der Zahl der Volksschulklassen kompensiert werden.

Die 200 000 Berliner Juden, schloß Dr. Klee, sind ein Kraftreservoir, das für unsere staatsrechtliche Stellung und unseren wirtschaftlichen Existenzkampf eingesetzt werden muß. Auf den Preußischen Landesverband muß eingewirkt werden, daß er sich innerhalb des kommenden Reichsverbandes für Gleichberechtigung der aus dem Osten stammenden Juden einsetzt. Wir sagen den hessischen und sächsischen Juden, in deren Gemeinden den Ostjuden keine oder mindere Rechte eingeräumt sind: Die innere Gleichberechtigung ist Voraussetzung für unsere Forderung nach Gleichberechtigung im außerjüdischen Leben. Der Reichsverband soll die amtliche Stelle der deutschen Judenheit, der Wächter auf der Zinne sein. So werden wir die Bitterkeit, die uns die Zukunft bringen mag, überwinden in dem Bewußtsein: Wir alle sind Kinder derer, die am Sinai standen.

Dr. Alfred Wiener gibt als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der religiösen Mittelpartei und der Überpartei seiner tiefen Freude über die in der Gemeinde zustande gekommene Einigung und die im Geiste der Versöhnlichkeit gehaltenen Ausführungen von Woyda und Dr. Klee Ausdruck.

Wilhelm Graetz (Vorstand) macht Ausführungen, um das Bild vom Etat zu ergänzen, und appelliert an die Repräsentantenversammlung, keine Ausgaben zu beschließen, für die keine Deckung vorhanden ist. Er kündigt an, daß er in einer der nächsten Repräsentantensitzungen Näheres über den Stand der Finanzen der Gemeinde sagen wird. Schulden, die nicht bezahlt sind, bilden stets eine Gefahr. Reserven haben wir nicht; auf der Einnahmeseite sind keine Lorbeeren mehr zu holen; die Erfahrung lehrt, daß Steuererhöhungen oft zu einem Rückgang der Steuereingänge führen. Wenn es — was wir nicht hoffen wollen — hart auf hart geht, so werde man auf manchen Einzelwunsch verzichten müssen, um das Ganze zu halten. Auf die ausgesprochenen Wünsche hinsichtlich der Ostjuden anspielend, sagte der Redner, es sei an der Zeit, daß die Bezeichnungen „Ostjude" und „Westjude" fallen und nur „Jude" zurückbleibt. Die Gemeinde kennt keine Unterschiede in dieser Hinsicht.

Aus der jüdischen Welt

Weitere Synagogen- und Friedhofsschändungen

Berlin, 16. Juni. (JTA.) Auf dem über 150 Jahre alten jüdischen Friedhof in Dreißigacker bei Meiningen wurden 13 Grabsteine umgeworfen.

Auf dem jüdischen Friedhof in Osterberg (Schwaben) wurden 6 Grabsteine umgeworfen und 2 zerbrochen.

„Vorwärts" meldet, daß Nationalsozialisten die Fensterscheiben der Synagoge zu Breslau eingeworfen haben. „Welt am Abend" teilt mit, daß Nazis in Chemnitz die Fensterscheiben eines jüdischen Bethauses durch Steinwürfe zertrümmerten.

Nazi-Antrag auf Schächtverbot in Frankfurt a. M. abermals abgelehnt

Frankfurt a. M., 16. Juni. (JTA.) Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Frankfurter Stadt-

parlaments wurde heute ein abermaliger nationalsozialistischer Antrag auf Erlaß eines Schächtverbots für die Schlachtungen im Städtischen Schlachtviehhof abgelehnt.

Nationalsozialisten pöbeln einen jüdischen Leichenzug an

Breslau, 19. Juni. (JTA.) Am Freitagvormittag wurde in der Schweidnitzer Straße gerade unmittelbar neben dem Polizeipräsidium ein jüdischer Leichenzug von Nationalsozialisten angepöbelt. Die Hakenkreuzler riefen: „Da haut schon einer ab nach Palästina, die anderen kommen bald nach."

Der Nazi-Terror in Wien

Wien, 18. Juni. (JTA.) Die immer mehr verarmende Hauptstadt Österreichs muß jetzt fast täglich umfangreiche nationalsozialistische Kundgebungen mit antisemitischen Losungen über sich ergehen lassen. Die „politischen Spaziergänge" der Nazis sind zu einem System geworden. Am 16. Juni wurde gegen die „Ravag" (österreichischer Rundfunk) demonstriert, weil sie die Übertragung der Rede Gregor Strassers aus dem Deutschland-Rundfunk abgelehnt hatte. Dabei wurden jüdische Passanten beschimpft und belästigt, jüdische Geschäftsleute bedroht, die Straßen widerhallten von dem Ruf „Juda verrecke!" Die Polizei mußte mehrmals einschreiten.

Das offizielle Organ der östereichischen Nationalsozialisten „Kampfruf" veröffentlicht heute eine scharfe Drohung an die Adresse des Wiener Polizeipräsidiums, dem es Übergriffe gegen die Nazi-Demonstranten vorwirft. Das Batt schreibt: „Wir konnten schon seit langem beobachten, daß man am Schottenring (Sitz der Polizeidirektion) ungemein nervös wird und die Sicherheitswache besonders gegen unsere Parteigenossen hetzt, wenn es sich um Demonstrationen in der Nähe des Judenviertels handelt. Judenkaffeehäuser, das Ghetto in der inneren Stadt, und insbesondere in der Leopoldstadt, scheinen unter besonderem Schutz der Wiener Polizeidirektion zu stehen. Wenn sich dieses Verhältnis nicht bald ändert, wenn die derzeitigen verantwortlichen Leiter der Wiener Polizei nicht bald zu der Erkenntnis kommen, daß sie nicht für die Juden, sondern für die deutschen Wiener da sind, dann wird es vielleicht das nationalsozialistische Wien mit einem „Spaziergang" am Schottenring' versuchen müssen."

Wie das christlich-soziale Regierungsblatt „Reichspost" erfährt, wird die Polizeidirektion gegen das Nazi-Organ wegen Bedrohung von Behörden Strafantrag bei Gericht stellen.

In der Bundesratssitzung des Parlaments haben die Nazi-Bundesräte wiederum eine Reihe antisemitischer Anträge eingebracht. Insbesondere fordern sie die baldigste parlamentarische Verabschiedung des Studentenrechtes und die Annullierung aller seit 1914 an Juden erteilten Gewerbeberechtigungen und Konzessionen.

Nahum Sokolow beim französischen Präsidenten

Paris, 19. Juni. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, Nahum Sokolow, wurde vom französischen Präsidenten, Herrn Lebrun, in einer Audienz empfangen. Hernach erstattete Nahum Sokolow dem Minister für Volksgesundheit Justin Godart, Präsidenten des Comité France-Palestine, sowie dem Führer der französischen Sozialisten Leon Blum Besuche ab. Der für Sokolow geplant gewesene Empfang in Paris blieb aus technischen Gründen aus.

Sitzung des Zionistischen Aktions-Committees am 25. Juli in London

London, 20. Juni. (JTA.) Die Sitzung des Aktions-Kommittees der Zionistischen Weltorganisation beginnt am 25. Juli in London. Der A.C.-Sitzung wird eine Tagung des Administrative-Committee der Jewish Agency folgen.

Neun weitere jüdische Kolonien mit 1000 Familien werden in Palästina errichtet

Jerusalem, 15. Juni. (JTA.) Der Jüdische Nationalfonds hat 18 850 Dunam seines Wadi Havarith-Bodens zur Errichtung von neun jüdischen Kolonien zur Verfügung gestellt. Auf diesem Boden werden tausend jüdische Familien landwirtschaftlich angesiedelt werden; 425 dieser Familien werden sogenannte Mittelstands-Siedler sein.

Buchbesprechung

Al-Harizi als Übersetzer der Makamen Al-Hariris

Seit einiger Zeit liegt eine in München entstandene wissenschaftliche Arbeit vor, die ein interessantes Thema aus der Geschichte der hebräischen Literatur behandelt. Bekannt ist, daß die hebräische Poesie in ihrem „goldenen Zeitalter" viele bedeutsame Anregungen vom arabischen Schrifttum her empfangen hat. Wissenschaftliche Untersuchungen über diese Einflüsse und befriedigende Editionen der Werke damaliger Dichter aber stehen nur teilweise zur Verfügung. Da nun gerade in letzter Zeit die mittelalterliche hebräische Poesie die Forscher in erhöhtem Maße beschäftigt, sei hier ein größerer Kreis auf die Arbeit von A. Percikowitsch über „Al-Harizi als Übersetzer der Makamen Al-Hariris" aufmerksam gemacht, wenn auch gerade ihr wissenschaftlicher Wert sich dem Urteil des Laien entziehen muß.

Die Makame, eine wichtige Gattung der arabischen Poesie, ist in ihrem Gerippe eine epische Dichtungsform. Dieses Gerippe tritt aber in seiner Bedeutung weit zurück hinter die lyrischen, humoristischen und lehrhaften Gedichte, zu deren Einfügung und geistreicher Ausgestaltung die verschiedenen Abenteuer des Helden dem Dichter Gelegenheit geben. Die wertvollste und meistgeschätzte arabische Dichtung dieser Art, die Makamen Al-Hariris, hat im Anfang des 13. Jahrhunderts der jüdische Dichter Al-Harizi ins Hebräische übertragen und damit in die hebräische Poesie eine neue Form eingeführt, die er selbst später in seinem original hebräischen Werk, dem Tachkemoni, angewendet hat und in der das ganze Mittelalter hindurch noch viel gedichtet worden ist. Es wird demnach einleuchten, welchen Wert die Erkenntnis der Übersetzerpersönlichkeit Al-Harizis für die Erforschung der hebräischen Poesie und ihrer Quellen haben muß.

Nach einer Einleitung über die Zeit und die Person Al-Harizis untersucht Percikowitsch im ersten Hauptteil seines Buches die Übersetzungstechnik des Dichters. Die Prinzipien, zu denen sich Al-Harizi selbst an verschiedenen Stellen seiner Werke bekennt, werden zusammengestellt und erforscht, inwieweit sie in Machberot Itiel (das ist der Titel der Übersetzung) tatsächlich Anwendung gefunden haben. Besonders wichtig ist der Abschnitt, in dem gezeigt wird, mit welcher Geschicklichkeit und Sprachgewandtheit der Dichter auch die spezifisch arabischen und mohammedanischen Elemente seiner Vorlage, wie Koranzitate, Sprichwörter usw., in die hebräische Nachdichtung eingeführt und dem jüdischen Kulturkreis angepaßt hat.

Im 2. Teil gibt Percikowitsch eine deutsche Übersetzung der hebräischen 8. Makame und stellt sie zum Vergleich der Übersetzung des arabischen Originals gegenüber. Gerade dieser Teil wird für den Laien am interessantesten sein, weil er in anschaulicher Form einen Begriff von dieser geistreichen Dichtung, die in vieler Hinsicht typisch für die mittelalterlich hebräische und arabische Dichtnug ist, gibt. Für den Forscher ist zweifellos der dritte Teil der Arbeit am wertvollsten, und diesem hat Percikowitsch sicher auch die meiste Zeit und Mühe gewidmet. Er vereinigt hier nämlich all seine Vorschläge zu einer Herstellung des richtigen, in der Handschrift und in Chenerys Ausgabe sehr verderbten Textes der Machberot. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Verfasser bald die Möglichkeit habe, diese Vorarbeit mit einer Neuausgabe der Machberot Itiel zu krönen, womit den Freunden der hebräischen Literatur und den Erforschern ihrer Geschichte ein wichtiges Werk wiedergeschenkt wäre. E. E.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Münchener jüdische Wohlfahrtsarbeit im Jahre 1931

Am Mittwoch, 15. Juni, fand eine Sitzung der gemeindlichen Körperschaften gemeinsam mit dem sozialen Ausschuß zum Zwecke der Besprechung der in München von jüdischer Seite geleisteten Wohlfahrtsarbeit statt. Wie der Vorsitzende, Herr Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, zu Beginn der Sitzung mitteilte, war der als Berichterstatter für die Arbeit der Wohlfahrtsvereine vorgesehene Herr Rabbiner Dr. Leo Baerwald infolge eines Trauerfalls verhindert, sein Referat zu halten, so daß über diesen Teil der Wahlfahrtsarbeit erst im Herbst verhandelt wird.

Den Tätigkeitsbericht des Wohlfahrtsamtes der Israelitischen Kultusgemeinde München, der als ein „Buch von Zahlen" vorlag, erläuterte in mehr als einstündigen eingehenden Ausführungen Herr J.-R. Dr. Elias Straus. Einige Tatsachen aus diesem Bericht seien hier wiedergegeben: Für das Jahr 1931 hatte das Wohlfahrtsamt insgesamt Einnahmen von RM. 150 000.—. Aus Etatsmitteln rührten davon her (in runden Zahlen) RM. 83 000.—, aus Stiftungsmitteln RM. 6000.—, aus Spenden, Beiträgen und Wohlfahrtskasse RM. 17 000.—, aus Rückzahlungen RM. 6500.—, aus Darlehensrückzahlungen RM. 11 500.— und schließlich aus Zuwendungen der Stadt inkl. Nothilfe RM. 23 000.—. Dieser Betrag wurde in folgender Weise verwendet: Für Unterstützungen des Wohlfahrtsamts RM. 97 000.—, des Jugendamts RM. 20 000.—, Darlehen RM. 12 000.—, Wanderfürsorge RM. 1200.—, Erholungsfürsorge RM. 2000.— und allgemeine Nothilfe RM. 12 000.—. Daß dieser Jahresrechnung gegenüber der Voranschalg für 1932 mit wesentlich geringeren Ziffern rechnen muß, ist bekannt, er sieht insgesamt RM. 92 000.— Einnahmen vor, davon nur RM. 3000.— aus Etatsmitteln der Kultusgemeinde, RM. 27 000.— aus Stiftungsmitteln, RM. 5000.— aus Wohltätigkeitskassen, RM. 27 000.— stammen aus der Sammlung Winterhilfe 1931/32, mit RM. 10 000.— wird als Ergebnis einer Sammlung 1932/33 gerechnet, aus Beiträgen und Spenden werden RM. 6000.— und an Zuweisungen der Stadt RM. 8000.— erwartet.

Der Umfang der geleisteten Arbeit läßt sich an diesen Zahlen kaum ermessen: es wurden im Jahre 1931 regelmäßig monatlich 100 Familien unterstützt, unregelmäßig durchschnittlich 115, insgesamt 639 Fälle gegen 503 im Jahre 1930 behandelt; es wurden insgesamt 6152 Sprechstundenbesuche entgegengenommen, 1033 Hausbesuche und 2819 Besuche durch die Gemeindeschwester gemacht; als Verteilungsstelle der allgemeinen Nothilfe wurde das Wohlfahrtsamt von mehreren tausend Hilfsbedürftigen aufgesucht und aus den durch die Stadt zugewiesenen Mitteln unterstützt. In 73 Fällen wurden Darlehen gegeben; das Wohlfahrtsamt hat die Erfahrung gemacht, daß die Beträge im wesentlichen wieder zurückfließen.

In der Wanderfürsorge, für die die Mittel nur zu einem Teil aus dem Wohlfahrtsetat der Gemeinde, im übrigen durch Beiträge des Vereins zur Unterstützung Durchwandernder, der Gemeinde Augsburg, des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden und durch Spenden aufgebracht werden, sprachen 812 Personen — 743 Männer, 69 Frauen — vor (1930: 755 Personen, 1929: 596 Personen), von denen 772 unterstützt wurden; ferner wurde die Wanderfürsorge in 140 Fällen für Besorgung von Pässen, Visen und sonstigen polizeilichen und konsularischen Angelegenheiten in Anspruch genommen. Die Organisation der Wanderfürsorge konnte gegenüber früheren Jahren wesentlich verbessert werden; ihre Arbeit wurde jedoch im Berichtsjahre stark durch die vielen Devisenbestimmungen behindert.

Die Stellenvermittlung, die das Wohlfahrtsamt als eine besonders wichtige Aufgabe betrachtet, wurde in 316 Fällen in Anspruch genommen und konnte 109 Stellen vermitteln.

Der Referent dankte den vielen freiwilligen Mitarbeitern, die sich im Jahre 1931 dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung gestellt hatten, und er dankte insbesondere den beamteten Kräften, ohne deren aufopfernde und hingebungsvolle Arbeit die Aufgaben des schwierigen abgelaufenen Jahres nicht hätten bewältigt werden können. Herzliche Worte des Gedenkens widmete er der unlängst dahingeschiedenen Frau Lisl Löffler, die durch den Einsatz ihrer ganzen Kraft gezeigt habe, zu welch großen Leistungen ein einzelner Mensch befähigt sei und ein Lücke gerissen habe, die nicht ausgefüllt werden könne.

Herr Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer sprach darauf namens der gemeindlichen Körperschaften dem Vortragenden den Dank aus für das umfassende Bild der Arbeit, das er entrollt und in dem er nur seine eigene Tätigkeit nicht gewürdigt habe.

Über die allgemeine Nothilfe und die im Zusammenhang damit vom Wohlfahrtsamt geleistete Tätigkeit und ihre Probleme berichtete Frl. Grete Kitzinger, über die Arbeit des Jugendamts Frl. Dora Fränkel.

Die Jugendfürsorge verausgabte 1931 für 231 Kinder in der offenen Fürsorge ca. RM. 6000.—, an Verpflegszuschüssen für 62 Kinder und Jugendliche, die in Heimen untergebracht waren, ca. RM. 14 000.—, in der Psychopathenfürsorge wurden 17 Kinder befürsorgt, in Familienpflegestellen 3 Kinder untergebracht, aus Mitteln der Israelitischen Waisenstiftung für 28 Waisen und verlassene Kinder Erziehungsbeiträge von RM. 8700.— gewährt. Der Israelitische Jugendhort wird täglich von ca. 40 Kindern besucht und erfaßt etwa 55—60 Kinder, im Winter wurde in Verbindung mit dem Schwesternbund der München-Loge eine Speisung für ca. 20 Kinder durchgeführt; der Mädchenklub wird von ca. 16 vorwiegend berufstätigen Mädchen besucht. In der Jugendfürsorge brachte das Jahr 1931 759 Sprechstundenbesuche, es wurden 283 Hausbesuche gemacht, 192 Kinder ärztlich untersucht. Für

die Erholungsfürsorge standen Mittel nur aus einer anläßlich des Ablebens von Herrn Kommerzienrat Martin Rosenthal gewährten Spende zur Verfügung; es konnten so 28 Kinder für vier Wochen verschickt und eine Reihe von Zuschüssen gegeben werden.

In der Aussprache regte Herr Auerbach an, daß in Zukunft auch die Arbeit der Wohlfahrtsvereine zahlenmäßig im Bericht des Wohlfahrtsamtes dargestellt würde. Zum Schluß wies Herr Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer darauf hin, daß Wohlfahrtsarbeit heute Pflicht jedes Einzelnen sei und daß es heute vor allem darum gehe, die Lebenskraft der jüdischen Gemeinschaft zu erhalten.

Oneg Schabbath München: Samstag, den 25. Juni, hält Herr Dr. Raphael Straus einen Vortrag über „Die geschichtlichen Grundlagen des deutschen Antisemitismus".

Samstag, den 2. Juli, spricht Herr J.-R. Dr. Elias Straus über die „Midraschim-Literatur" (Wesen, Entstehung und Bedeutung). Beginn um 5 Uhr pünktlich im Raume des Kindergartens, Herzog-Rudolf-Straße 1, Rückgeb. Gäste sind willkommen.

Mit dem Vortrag von Herrn J.-R. Dr. E. Straus sind die Zusammenkünfte des Oneg Schabbath in diesem Sommer beendet. Über die Fortsetzung der Tätigkeit des Oneg Schabbath im Herbst wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Jungzionistischer Arbeitskreis München

Wir machen bereits heute darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, den 6. Juli, abends 8.30 Uhr Herr Dr. Ludwig Meyer (Augsburg) im Bibliotheksaal der Gemeinde, Herzog-Max-Straße 7/II, über „Entwicklungstendenzen der Assimilation" spricht.

Wochenprogramm der V. J. St. „Jordania"

Montag, den 27., ½8 Uhr: Burschenprüfung, ½9 Uhr Verbindungskurs.
Donnerstag, den 30., 7 Uhr: Sport (Säbener Str.).

Jüdisches Jugendheim München

Einladung. Einige Mitglieder des Jüd. Kammerorchesters haben sich freundlicher Weise bereit erklärt, am Donnerstag, den 7. Juli, im Lessingsaal um 20.30 Uhr einige Werke von Haydn, Mozart und Beethoven zu spielen. Wir bitten um zahlreichen Besuch. Der Eintritt ist frei.

Symphonie-Konzert des Jüdischen Kammerorchesters München

Als Abschluß seiner diesjährigen Winterarbeit veranstaltet das Jüdische Kammerorchester am Montag, den 27. Juni, pünktlich 20.30 Uhr, im Museumssaal, Promenadestraße 12, sein letztes Konzert. Die gründliche Reorganisation, die das Orchester unter seinem neuen Dirigenten, Kapellmeister Erich Erck, erfuhr, hat sich außerordentlich vorteilhaft ausgewirkt. Die Vereinigung steht jetzt technisch auf einer Stufe, die es ihr ermöglicht, auch an anspruchsvolle künstlerische Aufgaben heranzutreten. Auch numerisch hat sich das Orchester bedeutend vergrößern können, da ihm nunmehr eine ganze Reihe tüchtiger Instrumentalisten aus allen jüdischen Kreisen als Stammmitglieder beigetreten sind. Anläßlich seines letzten Chanukkah-Konzertes und seiner Mitwirkung bei der Goethe-Feier des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus hat das Orchester mit seinen Leistungen so viel Beifall und zustimmende Anerkennungen gefunden, daß es auch zu seinem nächsten Auftreten wieder regen Besuch und die einmütige Unterstützung des Publikums erwarten darf. Gilt es doch, durch dieses Konzert den Fortbestand des Orchesters zu sichern, der infolge der Wirtschaftskrise bereits sehr gefährdet ist. Das Orchester hat sich in kurzer Zeit zu einem so wesentlichen Faktor des Kulturlebens Münchens entwickelt (auch in den „Münchner Neuesten Nachrichten" sind seine Leistungen rühmend hervorgehoben worden), daß seine Erhaltung im allgemeinen Interesse liegt. Trage jeder durch Besuch des nächsten Konzertes dazu bei, daß die ernste, hingebende Arbeit des Orchesters nicht umsonst gewesen ist. Mit Recht darf man dann für die Zukunft noch viel Schönes von ihm erwarten.

Das Programm des nächsten Abends umfaßt nur klassische Werke. Es gelangen zur Aufführung: die Symphonie D-Dur (genannt die „Uhr") von Haydn, das Klavierkonzert c-moll von Mozart (am Flügel die Konzertpianistin Ilse Hesse-Wallach) und die zweite Symphonie von Beethoven. Unter Hinzuziehung einiger Berufsmusiker (Bläser) wird sich das Orchester in einer Stärke von 40 Damen und Herren präsentieren.

Die Eintrittskarten sind wieder sehr niedrig gehalten. Sitzplätze zu RM. 2.20 und RM. 1.10 sind im Vorverkauf zu haben bei Ewer-Buchhandlung, Ottostr. 2; Gemeindekanzlei, Herzog-Max-Str. 7; sowie an der Abendkasse. Stehplätze zu RM. 0.70 werden nur an der Abendkasse an Jugendliche und Studenten abgegeben.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß für solche Musikfreunde, die nicht aktiv an der Arbeit des Orchesters teilnehmen können, die Möglichkeit besteht, dem Jüdischen Kammerorchester München als fördernde Mitglieder beizutreten. Der Jahresbeitrag beträgt RM. 5.—, wofür das Orchester freien Eintritt zu seinen Konzerten gewährt.

Zuschriften sind an Hermann Renka, Hans-Sachs-Straße 11/I r., Telefon 29 75 05 erbeten.

Verein Bikur Choulim, München

Verein Schomre Schabbos gratuliert herzlich Familien Rosner-Gidalewitsch zur Vermählung ihrer Kinder RM. 1.—; Verein Tamud Thora gratuliert herzlich zur Hochzeit Rosner-Gidalewitsch 1.—; Familie Leop. Mendler (Erhardtstraße 28) gratuliert herzlich zur Hochzeit Rosner-Gidalewitsch 1.—.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565,
Fernsprecher München 29 74 49, Nürnberg 21 9 12

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 31
vom 7. bis 21. Juni 1932

Goldenes Buch ZOG, München: Zur Vermählung Gidalewitsch-Rosner gratulieren herzlichst: Der Gesamtausschuß der Ostjuden 2.—, Verein Beis Jakob 2.—, Familie Horn 1.—, Jakob u. Henny Reich 1.—, Paul Grünbaum u. Frau desgl. 1.—, Familie Schaller desgl. 1.—, Familie Wiesenfeld desgl. 1.— = 9.—.

Georg Gidalewitsch s. A.-Garten: Familien Orljansky grat. herzlich zur Vermählung Gidalewitsch-Rosner ½ B. = 3.—.

Allgemeine Spenden: Dr. Julius Siegel grat. Herrn Dr. Robert Beer herzlich zu seiner Verlobung 2.—, Erlös aus Tozereth Haarez —.60, H. B. 1.05 = 3.65.

V.J.St. Jordania-Garten: Max Feder anläßlich der Jahrzeit seines lieben Vaters 1 B. = 6.—.

Purim-Nachaktion durch N. N.: N. Kurzmantel 3.—.

Büchsen: Geleert durch Eva Eliasberg: Karl Adler 4.27, Frl. Wetzlar 2.— = 6.27.

Geleert durch Max Traub: M. Haller 8.10, Dr. A. Weihl 2.—, M. Unger 1.—, H. Katzenel 1.25, Jul. Levi 4.02, D. Masur 1.60, Frau R. Kohn 1.—, T. Sufrin 1.—, G. Theilheimer 2.30, J. Saposchnik —.93, Albert Kupfer 4.—, Frau Schiller 1.46, M. Berger 1.36, W. Wolf —.50 = 30.52.

Geleert durch Jetty Blau: S. Silber 5.25, J. Schwager 2.50, M. Philippsohn 6.23, Fritz Schaal 1.34, Dr. Leo Feuchtwanger 1.20, Z. Kreschower 1.40, Dr. Schäler 2.—, 2 Bü unter 1.— —.87 = 20.79.

Geleert durch JPD. (Karl Schulz): Frau Wassermann 3.—, Dr. Ettinger 1.—, Arch. Max Neumann 5.—, H. L. Schulz 5.— Dr. Emrich 1.—, Max Diamand —.85 = 15.85.

Geleert durch N. N.: H. Bober 1.—, Frau Klein 2.50, J. Kluger 2.—, H. Monheit 1.52, M. Tenzer 1.—, Frau Bartel 3.05, W. Monheit 1.21 = 12.28.

Geleert durch JPD. (Wainschel): 8.69

Geleert durch N. N.: S. Freylich 1.10, A. Helfeld 1.— = 2.10.

Material: 1. Statistisches Bilderbuch 1.50, 1 Telegrammformular —.50 = 2.—.

Summe: 123.15.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931: 4521.25.

Spendenausweis des Nürnberger Büros folgt wegen Platzmangel in der nächsten Nummer.

Salo Gidalewitsch

Lotte Gidalewitsch

geb. Rosner

Vermählte

München Juni 1932

Trauung: Sonntag 26. Juni 2 Uhr Synagoge Herzog Rudolfstr.





1932 Wochenkalender 5692

	Juni	Siwan	Bemerkungen
Sonntag	26	22	
Montag	27	23	
Dienstag	28	24	
Mittwoch	29	25	
Donnerst.	30	26	
Freitag	1	27	
Samstag	2	28	שלח לך מברכין החדש הפטרה וישלח יהושע (Josua 2, 1—24) פרק ה׳ ו׳ (P. R. פרק ג׳)

Jungzionistischer Arbeitskreis, München

Voranzeige!

Mittwoch, den 6. Juli 1932, abends 8[30] Uhr, spricht im Bibliotheksaal der Gemeinde, Herzog-Max-Straße 7/II

Herr **Dr. Ludwig Mayer** Augsburg über

„Enwicklungstendenzen der Assimilation"

Verantwortlich für die Redaktion: Isa Emrich, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Pilgersheimerstraße 64, München.